

Arbeiter-Zeitung

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Belegpreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbjährlich 10 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2,20 RM. (ohne Zustufungsgebühr) / Verlag: „Arbeiter-Zeitung“, Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Hauptbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Poltschekkonto Dresden Nr. 15353, Emil Schlegel
Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Restzeile anschließend an den belegpalteten Textteil 1,25 RM.
Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Hauptbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiter-Zeitung“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Druckkosten besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

1. Jahrgang Mittwoch, den 20. Oktober 1926 Nummer 234

Auftakt zum Wahlrechtsraub

Katastrophen des Bürgerblocks

Kurz vor dem Schluß des Landtags, knapp vor dem Termin der Einreichung der Wahlvorläufe ging die reaktionäre Mehrheit des Landtags noch dazu über, eine entscheidende Änderung des Wahlgesetzes anzunehmen. Der Willkür des Innenministeriums wurden Tür und Tor geöffnet. Den im Grunde reaktionären Vorhaben unternahm man aber mit der Bestimmung, daß die aufstrebende Parteien 3000 Wähler einzuschließen haben, wenn sie an der Wahl sich zu beteiligen gedenken. Die Wahlrechtsänderung wurde auch von den Sozialdemokraten um Zustimmung. Allein die KPD wendete sich gegen diese kapitalistische Bestimmung, daß die Wahlrechtsänderung verfassungsmäßiger Bestimmungen von dem Geldbeutel abhängig macht. In dem Maße, als die Kommunisten sich gegen die Wahlrechtsänderung wandten, so ergriffen sie auch die Initiative, sie zu verhindern. Sie ergriffen eine politische Erklärung derselben für notwendig. Jedoch wendete sie sich im kapitalistischen Staat gegen die Wahlrechtsänderung, vom Beschäftigten der Wahlrechtsänderung.

Mitteln gegen die jetzt salonfähige SPD wendete, wenden sich jetzt SPD und Bürgerblock mit diesen Mitteln nicht nur gegen die Spitzpartei, sondern auch gegen die KPD, die in diesen Gemeinden heute zum ersten Male auftritt und der dadurch die Aufstellung von Kandidaten erschwert werden soll. Die KPD wird gegen diese reaktionäre Maßnahme mit aller Energie ankämpfen und sich gegen die Wiedereinführung der Methoden der Vorwahlzeit wenden. Bezeichnend ist, daß bei der Durchführung dieser Maßnahmen die KPD und auch die Sozialdemokraten Hilfswillige, ja Schrittmacherdienste leisten. Ohne die Zustimmung der „Linken“ hätte die Koalitionregierung nicht so hemmungslos diesen Angriff auf die Rechte der Wähler durchführen können. Die Linken haben sich dabei nicht von politischen Gründen, sondern von der kleinlichen Spekulation leiten lassen, daß diese Bestimmung auch die KPD treffen werde. Diese gehen ja auch mit diesen Argumenten freudig und martialisches Geschwätz. Dabei dürfen die Arbeiter aber nicht vergessen, daß die KPD kapitalistische Hintermänner hat. So schenken „einige Freunde der Partei“, wie es im „Volksstaat“ heißt, durch Wilhelm Busch 1000 Mark. Solche Freunde wird die KPD mehrere haben.

Die Wölfe predigen den Frieden

Das internationale Wirtschaftsmanifest der Großkapitalisten.
Freude herrscht in Trojas Hallen! Der „Vorwärts“ kann seine schwarz-rot-goldenen oder schwarz-weiß-rotten Fahnen aufziehen; der Gedanke der „Völkerverständigung“ hat gefiegt. Und warum sollten die Herren Stämpfer, Reuters und Co. nicht Jubelstöße feiern? Haben doch die internationalen Ausbeuter größten Kalibers gemeinsam ein Schriftstück unterzeichnet, in dem sie „Handelsfreiheit“ fordern, und man denke, welche Ehre für das deutsche „Volk“! Stehen doch die Herren Bögel, Bösch, Deutsch und Rompanie fast neben einem J. P. Morgan oder Horace Kinsale. Es wäre für die Arbeiterklasse kein genügender Anlaß, sich mit diesem Schriftstück eingehender zu beschäftigen, würden nicht die gesamte bürgerliche Presse und gewisse sozialdemokratische Blätter in einem wahren Jubelgeschrei Verwirrung in die Reihen der Arbeiter tragen und auf diese Weise dem „Weltwirtschaftsmanifest“ eine Bedeutung geben, die ihm überhaupt nicht zukommt.

Die Kommunisten haben bei der Beratung des neuen Wahlgesetzes, das auch gleichzeitige Unterbreitungen unter dem Wahlrecht vorwärts, sofort darauf hingewiesen, daß es sich hier um einen reaktionären Angriff zur Verschlechterung des Wahlrechts überhaupt handele, daß die zum tatsächlichen Beschäftigten Verhältnisse nur der Auftakt zu weiteren Verschlechterungen sei. Es ist schon der erste weitere Schritt getan. Das Innenministerium des Ministerpräsidenten Mag. Müller, in dem Ministerialrat Schütz die reaktionären Pläne ausbrütet, hat jetzt als nächsten Schritt eine Verordnung zu den Gemeindevorständen herausgegeben, in der die Maßnahmen, die der Landtag gegen die Stimmen der Kommunisten zur Landtagswahl beschloß, auf die Gemeindevorstände übertragen werden. Die Mehrberechnung wird über die Eingabe der Kandidatenlisten festzusetzen bestimmt.

Die Maßnahmen des sächsischen Innenministeriums muß man im Zusammenhang mit allen anderen Vorgängen betrachten. Die Bourgeoisie will schon lange eine weitgehende Verschlechterung des Wahlrechts. Hindenburg soll sein Verleugungsgesetz von 1916 wiederholen.
Als wir Kommunisten bei der Beratung der Verschlechterung des Wahlgesetzes erklärten, daß sei der vorbereitende Angriff gegen das Wahlrecht selbst, da schrien alle Parteien, die Kommunisten überließen wieder. Jetzt fällt der „Volksstaat“ vom 18. d. M. die Kasse aus dem Saal. Er nimmt die Obstruktion in Preußen zum Anlaß, um zu erklären:

Was ist der Inhalt dieses Manifestes? Es weist zunächst hin auf die Folgen der neuen Grenzänderungen, die in den Friedensverträgen festgelegt wurden; es erklärt, daß dadurch zusammenhängende Wirtschaftskrisen ausentwurzelt wurden, daß neue Konkurrenzindustrien entstanden und daß die einzelnen Staaten versuchen, durch beständige Zollkämpfe gegeneinander die unnatürlichen Wirtschaftsgrenzen und die neugegründeten Industrien zu festigen und zu schützen. „Keine Zolltarifbarriere, keine Spezialgrenzen und Verbote“, ruft das Manifest, das sich die Herren da geleistet haben. „Die Preise sind allgemein gestiegen und eine künstliche Teuerung hervorgerufen worden.“ erklären sie am gleichen Tage, an dem das internationale Kupferkartell, das von einem der Unterzeichner des Manifestes kontrolliert wird, beschlossen hat, seine Preise nicht unerheblich heranzulassen, erklären sie wenige Tage nach Abschluß des europäischen Stahlpaktes, dessen Zweck es ist, wie die Abschlußpartei selber zugibt, die Weltmarktpreise für Eisen um mindestens 20 Prozent zu erhöhen. Herr Bögel, einer der Hauptinspiratoren des Stahlpaktes und der Weltmarktpreisunterstützung, unterzeichnet kaltblütig das Manifest „gegen künstliche Teuerung“.

Die Zahl der Unterzeichner der Wahlvorläufe mag 30 Prozent der Wahlzahl der letzten Gemeindevorstände betragen und darf nicht geringer als 30 sein. Die Höchstzahl der Unterzeichner ist 500. Entfallen Wahlvorläufige Personen, die bereits der letzten Gemeindevorstandes-Körperschaft angehört haben, oder handelt es sich um Parteien, die in der letzten Gemeindevorstandes-Körperschaft vertreten gewesen sind, so genügt die Unterschrift von 20, in Gemeinden mit weniger als 1500 Einwohnern von 5 Wahlberechtigten.

„Eine wesentliche Besserung der heutigen Parlamente wird erst eintreten, wenn ein neues Wahlgesetz die Kandidaten wieder zwingt, sich ihre Wahlkreise durch die Kraft der Persönlichkeit zu erobern. Das heutige System hat die Qualität der Abgeordneten auf das empfindlichste gedrückt. Mühselig wird auch sein, zu prüfen, ob nicht das Alter, zum mindesten für das passive Wahlrecht, heraufgesetzt werden muß. Oft genug haben gerade lebenserfahrene Arbeiter und deren Frauen sich schon darüber gewundert, daß auf den Wänden des Parlaments Menschlein hängen, die noch verdächtig nach Schulbüchern aussehen.“

„Für eine Aufhebung der Zollschranken“ will das Manifest werden. Es ist aber ein Biß der Weltgeschichte, daß beispielsweise von deutscher Seite unter anderem Felix Deutsch und Franz von Siemens unterzeichnet haben, die beiden Vertreter der Elektroindustrie, die die eifrigsten Verfechter der letzten Zolltarifvorlage gewesen sind, die mit der eisenerzeugenden Industrie jenes Geschäftes abgeschlossen haben, wonach sie im Reichstag für hohe Eisen- und Lebensmittelpreise stimmen werden, wenn die Vertreter dieser Wirtschaftsgruppen auch für hohe Zölle auf Eisenerzeugnisse eintreten. „Für Besserung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, für Ermäßigung der Tarife und Frachten“ geben die Herren vor, einzutreten. Zufälligerweise unterzeichnet aber für Dänemark gerade jener Knecht E. O. Andersen, der auf der letzten internationalen Redaktionskonferenz u. a. den Vorschlag machte, einen Teil des Schiffsraumes zu verschrotten, um die Schiffstrachten zu verneuern. Damit ist wohl der Sinn des Manifestes genügend gekennzeichnet. An eine Sinnesänderung der Unterzeichner wird auch der „Vorwärts“ nicht im Traum glauben.

Dieser Betrag soll zurückgezahlt werden, wenn auf den Vorläuf ein Kandidat entfällt. Die Wahlvorläufe müssen am 2. Tage vor der Wahl eingereicht sein.

Das ist der vollendete Angriff auf das Wahlrecht. Wieder muß man betonen, dieser Vorstoß ist nur möglich, weil die SPD, auch die sächsische Linke, beim Hohenzollerngesetz in einer Front mit dem Bürgerblock gestanden.

Als in Locarno Stresemann, Chamberlain und Briand sich die Hand reichten, sprach der „Vorwärts“ von der Epoche der „Völkerverständigung“. Er hielt „ausereichen“ die Vertreter der französischen, englischen und deutschen Bourgeoisie für Vertreter der Volksmassen. Als Stresemann auf dem Kongreß der „Paneuropäer“ ein paar schillernde Begrüßungsformeln murmelte, sprach der „Vorwärts“ gar folgende erhabenen Worte:

Hindenburg und sein Geleß

Wie wir gestern bekanntmachte, arbeitete das Innenministerium einen Entwurf über den Verleugungszustand aus, nach dem Hindenburg sein Geleß von 1916 wieder bekommen soll. Er wie im Krieg als Generalfeldmarschall, so soll er jetzt als Reichspräsident der Republik arbeiten können.
Der Entwurf hat innerhalb der Arbeiterschaft stärkste Empörung hervorgerufen. Die Arbeiter werden nicht gewillt sein, die unter Kriegszustand zu lassen. Die Empörung der Arbeiter hat die Regierung veranlaßt, zu erklären, der Entwurf sei nur ein Vorentwurf eines Referenten, er habe mit den Ministerialräten nichts zu tun. Wäre das richtig, dann ist das der ein Zeichen dafür, welche reaktionäre Gesellschaft in den Ministerialräten der Republik sitzt. Nun sind aber Dementis der Regierung schon so zu Tageserscheinungen geworden, daß man nicht annehmen kann, wenn eine Regierung etwas abstreift, dann ist es früher richtig. So erfährt denn auch heute die „Korrespondenz der Zeitungen“ aus sicherer Quelle, daß trotz aller Ablehnungen der Reichsregierung der von der „Völkischen Zeitung“ publizierten Entwurf zum Ausführungsgesetz zum Geleß ist sich faktisch mit dem offiziellen Entwurf des zuständigen Referenten Ministerialrat Dr. Hofe deckt. Der Entwurf des Innenminister Rätz von gewissen Stellen des Reichswirtschaftsministeriums inspiert worden. Außerdem hat der Reichskommissar für öffentliche Ordnung, Klingner, seine Hand mit im Spiel.
Die Arbeiterschaft muß aufpassen und zur Abwehr der Pläne der Konterrevolution bereit sein.

Die SPD gibt die Mehrheit preis

Stillschweigen für die Kapitalisten.
Berlin, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die „Kaiserschmiede“ erklärt, daß die Verhandlungen der SPD-Führer mit den Bürgerblöcken über die Neuwahl des Berliner Magistrats bereits eine Vereinbarung ergeben haben. Die SPD-Führer und Bürgerblöcke wollen die Wahlstellen im Magistrat in der Weise neu besetzen, daß die Mehrheit der bürgerlichen Parteien im Magistrat unter allen Umständen aufrechterhalten bleibt. Die Kommunisten sollen ausgeschlossen bleiben. Die SPD-Führer wollen die bürgerliche Mehrheit im Magistrat erhalten, damit sie bei der Sachlage der Arbeiterforderungen sich auf diese Mehrheit berufen können.
Wieder erhalten die Arbeiter aus Berlin einen Ansehungsunterricht. Vor ein paar Tagen war es der Fürstentumskreis, jetzt vornehmlich die sozialdemokratischen Führer in Berlin die Mehrheit des Magistrats. Im Gemeindeparlament haben Kommunisten und Sozialdemokraten die Mehrheit. Trotzdem überläßt man den Magistrat den Bürgerblöcken. Das ist dieselbe Partei, zu der Kurt und Edel gehören. Denkt daran: am 31. Oktober, wählt Kommunisten.

„Wenn der Führer der Nationalliberalen Partei, Herr Stresemann, heute der einschleuderte Wortkämpfer der Verständigung geworden ist und wenn die Annäherung fortgeschritten ist unter der Präsidentschaft des deutschen Kriegsmarschalls auf der einen Seite und der französischen Kriegspräsidenten auf der anderen, Hindenburgs und Volcares, so ist das ein Beweis mehr für die stetigste Kraft einer großen Idee, die vorwärts getragen wird durch die geschichtliche Entwicklung.“

Amnestie für Brandstiftler

Zuchthaus für Klassenkämpfer.
Budapest, 18. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Horich will zu Reichstagen die Brandstiftler amnestieren. Diese Amnestie soll im Rahmen einer allgemeinen Amnestie durchgeführt werden, wobei angeblich auch Verurteilte aus den Mittelparteien berücksichtigt werden sollen.

Auch hier verwechselt der „Vorwärts“ den bürgerlichen Diplomaten, den Beobachter des neuen deutschen Imperialismus mit dem deutschen Volk, eine Ehre, für die sich die werktätigen Massen bedanken werden. Den Gipfel erreicht aber dieses Klatsch bei dem oben gekennzeichneten Wirtschaftsmanifest, von dem es in seiner Ankündigung sagt, daß „Alle Freunde der internationalen Verständigung der Völker der Veröffentlichung der Denkschrift mit großer Spannung“

Die Arbeiter-Zeitung...
E. V. ...
Sportanzüge ...
Hinen ...
110 an ...